

Thorners Presse.



Abonnementspreis

für Thorn und Vorkäbe frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mark, monatlich 67 Pfennig pränumerando;
für auswärts: bei allen Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 1,50 Mk. ohne Bestellselb.

Ausgabe

täglich 6^{1/2} Uhr abends mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage.

Redaktion und Expedition:

Katharinenstr. 1.

Fernsprech-Anschluß Nr. 57.

Insertionspreis

für die Spaltzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Inserate werden angenommen in der Expedition Thorn Katharinenstr. 1, Annoncen-Expedition „Invalidentank“ in Berlin, Haafenstein u. Bogler in Berlin und Königsberg, M. Dufes in Wien, sowie von allen anderen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes. Annahme der Inserate für die nächstfolgende Nummer bis 1 Uhr mittags.

Nro. 9.

Freitag den 11. Januar 1895.

XIII. Jahrg.

§ Der Verrath von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen.

Der den Bundesregierungen nunmehr zur Begutachtung unterbreitete Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes enthält auch Bestimmungen, die sich gegen den Verrath von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen richten und die Mittheilung oder Verwertung solcher Geheimnisse, sowie die Anstiftung dazu mit Geld- oder Gefängnißstrafe bedrohen. Die Einführung solcher gesetzlicher Vorschriften ist schon lange der Wunsch weiterer industrieller und geschäftlicher Kreise gewesen. Die Begründung zu dem erwähnten Entwurf theilt denn auch mit, daß Mitte der achtziger Jahre der Erlaß allgemeiner reichsgesetzlicher Vorschriften gegen diesen Verrath Gegenstand der Erwägung gewesen, daß indessen hauptsächlich wegen Mangels an Uebereinstimmung in den beteiligten Kreisen die Angelegenheit nicht weiter verfolgt ist. Es dürfte von Interesse sein, daran zu erinnern, daß sich im Februar 1886 der Zentralverband deutscher Industrieller in einer Ausschußsitzung ausführlich mit dieser Frage beschäftigt und dabei den Wunsch nach dem Erlaß solcher Bestimmungen, wie sie der jetzige Entwurf zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes aufweist, ausgesprochen hat. Namentlich die damaligen Ausführungen des Geh. Finanzraths Jende sind von Wichtigkeit, auch deshalb, weil sie noch jetzt auftauchende und gegen die gesetzliche Regelung sich geltend machende Bestrebungen in manchen Punkten widerlegen. Geheimrath Jende machte damals namentlich darauf aufmerksam, daß eine zivilrechtliche Haftbarkeit bei der Verfolgung des Verraths nicht genügen würde. Es müßten strafrechtliche Bestimmungen erlassen werden. Allerdings sei die Abfassung solcher Bestimmungen schwierig. So allerdings könne es nicht gemeint sein, daß man den Beamten, der aus einer Fabrik in die andere überzugehen beabsichtigt, überhaupt verhindern wolle, von den Erfahrungen, die er gesammelt habe, so zu sagen von den Lehrjahren, die er dort durchgemacht hat, zu profitieren. Das wäre widersinnig. „Jeder Fabrikant, so führte Geheimrath Jende damals wörtlich aus, giebt sich Mühe, erfahrene Meister, erfahrene Beamte zu engagiren, und ist sich bewußt, daß er damit nichts Unrechtes thut. Deshalb würde ja, wenn man überhaupt daran ginge, die Möglichkeit der Einführung der strafrechtlichen Bestimmungen eingehender zu konstruiren, etwa zu unterscheiden sein zwischen allgemein technischen Fähigkeiten, die der Betreffende sich angeeignet hat, und auf Grund deren er seine praktischen Kenntnisse vervollkommenet, und zwischen seiner Wissenschaft spezieller Eigenthümlichkeiten der betreffenden Fabrik, der er bisher diente. In letzterer Beziehung wird es Fälle geben, die vollständig klar liegen. Wenn ein Beamter einer Fabrik eine Konstruktionszeichnung anderweitig verwerthet, so ist das zweifellos ein Vergehen, welches unter den Begriff des Strafrechts fällt, dergleichen wenn ein Fabrikbeamter ein ganz besonderes Verfahren, von dem er genau weiß, daß es Spezialität der Fabrik, daß es nach jahrelangen Studien und Aufwendung großer Kosten erfunden worden ist, anderweitig ausnützt. Ich glaube auch, daß es unrichtig wäre, wenn man strafrechtlich nur denjenigen Verrath verfolgen wollte,

der wesentlich und absichtlich geschieht und auf Bereicherung gerichtet ist, dagegen den, welcher unwissentlich geschieht, nur zivilrechtlich zur Verantwortung ziehen wollte. Wollte man so unterscheiden, so würde ein großer Theil der Fälle, die nicht die am wenigsten gefährlichen sind, nicht getroffen werden. Ich glaube, der unwissentliche Verrath von Betriebsgeheimnissen, das Renommiren mit dem, was man weiß, richtet nicht weniger Schaden an, als das absichtliche Ausplaudern und gerade die Einführung von strafrechtlichen Bestimmungen gegen jeden Verrath — selbstverständlich würde ja je nach der Art desselben eine Abmilderung nach dem Strafmaß eintreten — ist allein geeignet, vorbeugend zu wirken, also die Beamten und Arbeiter darauf aufmerksam zu machen, daß sie in allem, was sie reden, vorsichtig sein müssen. Ich würde deshalb die gedachte Unterscheidung nicht machen. Als ganz selbstverständlich und als lediglich konform dem Strafrechtsgrundsatzen erachte ich es, daß der Anstifter ebenso wie der Uebeltäter selbst bestraft wird.“ Soweit Geheimrath Jende im Jahre 1886. Man wird zugeben müssen, daß in seinen Ausführungen die Grundzüge dessen enthalten sind, was in dem jetzigen Entwurf zur Bekämpfung des Verraths von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen enthalten ist.

Politische Tagesschau.

Nach der „N. A. Z.“ dürften die Mittheilungen, welche durch die Blätter gehen und bereits die Vorlegung eines Zuckersteuergesetzes in feste Aussicht genommen sein lassen, einigermaßen verfrüht sein. Den Erklärungen des Reichsfinanzsekretärs bei der Staatsberatung im Reichstage entsprechend, finden z. B. Erwägungen statt, in welcher Weise dem Ausbruch einer Zuckerkrise vorgebeugt werden kann.

Die Münchener „Neuesten Nachrichten“ beschäftigen sich in zwei Artikeln mit der mehrfach behaupteten Vermuthung in Süddeutschland und behandeln dieselbe vom nationalen Standpunkte und vom Standpunkte der gegenwärtigen Lage aus. Das Blatt billigt den Partikularismus, soweit er die Verthung und Bewahrung der Eigenart bezeugt, verwirft und verdammt ihn, insofern er ein Streben gegen das Reich oder Abwendung vom Reich bedeutet; denn das Reich sei die Einheit. Wollten die Feinde des Reiches auf den Partikularismus bauen, so würden sie zu ihrem Verderben erfahren, daß der Bau des Reiches unerschütterlich sei. Wenn das Vaterland ruhe, gelte nur ein Gefühl und ein Gesetz: das Dichterwort: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern.“

Im ungarischen Abgeordnetenhaus theilte Dr. Weflerle gestern mit, daß bisher die Bildung eines neuen Kabinetts noch nicht beendet sei, worauf das Haus beschloß, sich bis nach vollendeter Kabinettsbildung zu vertagen. Die äußerste Linke stellte für die Sitzung, in welcher das neue Kabinet sich vorstellen würde, eine Kritik des ganzen Verlaufs der Krise in Aussicht, welche mit den konstitutionellen Begriffen der Volksvertretung im Widerspruch stehe.

„Wenn der Frühling auf die Berge steigt
Und im Sonnenstrahl der Schnee zerfließt,
Wenn das erste Grün am Baum sich zeigt,
Und im Gras das erste Blümlin sprießt“ — — —

Georg sah sie an und etwas ihm sonst nicht eigenes, ein Hauch jugendlich frohen Uebermuths flog ihn an, als er, nachdem sie geendet, mit lächelndem Mund und ausleuchtenden Augen fortfuhr:

„War's nicht auch zur jungen Frühlingzeit,
Als den Herz sich meinem Herz erschloß?
Als von dir, du wunderfüße Maid,
Ich den ersten, langen Kuß genoß?“ — — —

Und — ja, wie kam's nur? Der Herr Assessor hatte wirklich seinen Arm um Frieda's Taille gelegt und einen Kuß auf ihre Lippen gedrückt. Und sie hatte sich nicht gestraußt, sondern mit geschlossenen Augen, den Kopf zurückgelehnt, die weitere Entwickelung der Dinge abgewartet. Jetzt mußte er ja endlich sprechen. Und er sprach.

In seiner ernsthaft treuherzigen Art fragte er sie, ob sie seine Frau werden wolle, ob sie sich in seiner stillen Häuslichkeit wohlfühlen und ob sie ihm nachsehen könne, daß er eigentlich doch ein halber Invalide sei. Ein leises unter wiederholtem Erröthen gestammeltes Ja war ihre Antwort.

Noch lange gingen sie — jetzt Arm in Arm — durch den Park, bis die Mittagsstunde Frieda zum Heimweg nöthigte. Georg wollte gleich mitgehen, um mit ihren Eltern zu sprechen, aber sie überredete ihn, davon abzusehen. Sie selbst wollte ihren Eltern die Mittheilung machen und dann in ein paar Tagen sollte — in ganz intimerem Kreis — die Verlobung veröffentlicht werden.

Es gäbe das eine so hübsche Ueberraschung, meinte Frieda, die sich alles vorher schon bis in das kleinste Detail überlegt hatte. Georg ging auf alles ein, was Frieda ihm vorzuschlug. Er war so freudig bewegt, daß es ihm gar nicht auffiel, als sie ihm ihre doch immerhin etwas eigenartigen Vorschläge machte. Nur als sie sich auf der Promenade verabschiedeten, fragte er nochmal, ob es doch nicht besser sei, daß er erst zu

Am Horizonte der inneren französischen Politik ist eine Erhebung eingetreten, weil angeichts der immer dräuender sich gestaltenden Umsturzgefahr das Kabinet seine Position gegenüber den sozialrevolutionären Elementen schärfer als bisher zu markiren entschlossen sein soll. Es wäre ein, wenn auch nur zufälliges, doch nicht minder bedeutames Zusammenreffen, wenn in derselben Zeit, wo bei uns die parlamentarische Entscheidung über die Umsturzvorlage aktuell wird, auch in Frankreich der Gegensatz zwischen Ordnungsprinzip und Umsturz sich kritisch zuspitzte.

Ueber den ehemaligen preussischen Lieutenant von Schönebeck, dessen Beurtheilung in contumaciam zu fünf Jahren Gefängniß und 3000 Frks. Buße durch die achte Kammer des Pariser Zuchtpolizeigerichts bei geschlossenen Thüren bestätigt worden ist, machen Pariser Blätter folgende Angaben: Nachdem der ehemalige deutsche Kavallerieoffizier sein Vermögen verpraßt und verendet hatte, mußte er den Dienst verlassen, und kam mit einer mageren Jahrespension von 700 Frks. nach Frankreich. Er wurde Militärspion und war eines Tages so unvorsichtig, von einem Franzosen, den er in Süd-Frankreich kennen gelernt hatte, zu verlangen, daß dieser ihm bei der Aufnahme von Plänen östlicher Grenzforts behilflich sei. Der Franzose ging darauf ein und versprach, die Arbeit zu beginnen, sobald er aus Deutschland einen Geldbrief und einen anderen Brief mit genauen Angaben über die zu ertheilenden Auskünfte erhalten haben würde. Die beiden Briefe langten am 7. November an und wurden sogleich der Polizeipräfektur ausgeliefert, welche Schönebeck und mit ihm auch einen anderen ehemaligen deutschen Offizier, v. Kessel, verhaften ließ. Dieser wurde nach fast einmonatiger Untersuchungshaft wieder auf freien Fuß gesetzt, Schönebeck hingegen gerichtlich wegen Spionage verfolgt.

Nach einer Meldung aus Paris wollen frühere boulangistische Deputirte am Dienstag in der Kammer eine allgemeine Amnestie für alle politischen Verbrecher mit Ausnahme des Landesverraths einbringen.

Die „Boss. Ztg.“ meldet aus London: Englische Blätter publiziren einen Brief Kaiser Wilhelms an den Fürsten Bismarck. Es wird darin der Wunsch ausgesprochen, daß sich der Fürst im Jahre 1895 von den schweren Schicksalsschlägen erholen möge, die ihn unlängst getroffen hätten, und daß er sich guter Stimmung und Gesundheit erfreuen möge.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Petersburg gemeldet: Die Stellung des Ministers Durnowo ist stark erschüttert. Seine einzige Tochter, welche mit dem Millionär Stetelnow verheiratet ist, hat die Ehescheidung und die Auszahlung eines enormen Jahresgehaltes nachgesucht. Durnowo hat den Kaiser, ihn bei der Durchsetzung dieser Forderung zu unterstützen, doch wurde er von dem Kaiser sehr ungnädig mit den Worten abgewiesen: „Ich will mich in Ihre Familienangelegenheiten nicht einmischen.“

Aus Shanghai, 8. Januar, meldet eine Depesche der „Central News of Germany“: Von Niutschwang läuft die

ihren Eltern gehe, was Frieda mit der Bemerkung, „es sei wirklich nicht nöthig“, beantwortete. Dann trennten sie sich, nachdem sie versprochen, ihm den Tag, an welchem die „kleine Gesellschaft“ stattfinden sollte, brieflich mitzutheilen.

Im Hause Schmidt war die Freude groß. „Na, endlich!“ rief Frau Kath. „Er hat's sich lange genug überlegt.“ Else gratulirte der Schwester und bemühte sich, ihr Verdienst an dem Erfolg dieses Sonntagmorgens in das rechte Licht zu stellen.

„Wenn ich mich nicht „gedrückt“ hätte, hättest Du noch lange warten können,“ meinte sie, eine Bemerkung, welche ein lautes Lachen der Mutter hervorrief. Herr Schmidt nahm die Nachricht mit gemischteren Empfindungen auf. So angenehm ihm diese Verlobung war, das Bewußtsein, nunmehr wieder größere Gelbsummen schaffen zu müssen, dämpfte seine Freude um ein Beträchtliches.

Mutter und Tochter waren den Nachmittag mit der Aufstellung der Liste der Einzuladenden beschäftigt. Man wollte nicht lange warten und schon am Donnerstag die „Sache zum Abschluß bringen,“ wie Frau Kath sich ausdrückte. Die kleine Gesellschaft wurde allmählich bis auf zwanzig Personen ausgedehnt. Frieda bestand darauf, mehrere ihrer früheren Anbeter, die sich alsbald von ihr zurückgezogen hatten, mit einzuladen. Diesen kleinen Triumph wollte sie sich nicht entgehen lassen. Die nun folgenden Tage waren von Vorbereitungen jeder Art in Anspruch genommen. Frau Kath hatte ihrem Manne eröffnet, daß er diesmal „so oder so“ eine größere Summe flüssig machen müsse. Man könne sich doch gerade an diesem Abend nicht „lumpen“ lassen, eine Thatsache, der sich Herr Schmidt nicht verschließen konnte. Das Flüssigmachen größerer Summen erwies sich um so nothwendiger, als die Lieferanten, welche Frau Kath mit ihren Aufträgen beehrte, in der letzten Zeit recht schwierig wurden, und über unbezahlte Rechnungen Anfsichten entwickelten, die mit den ihrigen sehr wenig übereinstimmten. Schließlich konnte man doch diesen Leuten keine Andeutungen über die bevorstehende günstige Wendung machen, die sich in den Verhältnissen der Familie anbahnte.

(Fortsetzung folgt.)

Familie Schmidt.

Novelle von Hans Eisenträger.

Nachdruck verboten.

(8. Fortsetzung.)

Georg und Frieda bogen von der belebten Promenade in den zu dieser Jahreszeit wenig benutzten Stadipark ein. Der Himmel war so blau wie an einem Matentag und die milde Luft hätte ebenfalls einem solchen Ehre gemacht; nur die kahlen, noch nicht den kleinsten Knospenansatz zeigenden Aeste und der schmutzig gelbe Ton der weitgedehnten Rasenflächen erinnerten daran, daß der Winter noch die Herrschaft führte. Es ist etwas eigenes um ein Vorempfinden des Frühlings, wie solche Tage es dem zimmermüden Menschen mittheilen. Ein Gefühl der Frische, des Wohlbehagens, wie man es lange nicht gekannt, macht sich geltend und wirkt anregend auf Nerven und Sinne. Auch Georg von Weilburg empfand, wenn auch unbewußt den Einfluß dieser sonnenhellen Morgenstunde. Noch nie war ihm Frieda anziehender vorgekommen, als in dem pelzbesetzten Jackett, das ihre schlanke Figur vortheilhaft zur Geltung brachte, und dem etwas schief auf dem prachtvollen Haar sitzenden Barett. Sie hatte die letzten Spuren der häuslichen Bestimmung verwunden und plauderte in Folge des ungehörten Alleinseins unbefangener, als es sonst ihre Art war, was seinen Eindruck auf Georg um so weniger verfehlte, als es im Augenblick ohne bewußte Absicht geschah.

Vor einem zerfallenen, mit Epheu umspinnenen Kolosstempelchen, von wo aus man einen Blick über den ziemlich umfangreichen See des Parkes hat, ließen sich die Beiden auf Wunsch Georgs, den der Gang etwas ermüdet, nieder. Ringsum herrschte tiefe Einsamkeit, nur die Späzen lärmten in den kahlen Bäumen, und ein Schwan schnitt die spiegelglatte Fläche des See's, den hier und da noch eine dünne Eisschicht bedeckte.

„Wie schön ist's hier,“ sagte Georg leise.

„Ja, ordentlich poetisch,“ stimmte Frieda bei, und leise summite sie vor sich hin:

Nachricht ein, daß die Japaner die von 15 000 Chinesen besetzte Stadt Sou-Menghong angegriffen haben. Während des Sturmes entstand Feuer in der Stadt, welche fast gänzlich niederbrannte. Mindestens 10 000 Menschen sind obdachlos bei einer Kälte von 40 Gr. F. Der Gouverneur von Niutsch-Wang ist benachrichtigt worden, daß er erschossen würde, falls er seinen Posten verläßt.

Der japanische Landtag trat gestern in Hiroshima zusammen. Graf Ito hob die wiederholten Erfolge der japanischen Waffen hervor und betonte die Nothwendigkeit der Einmüthigkeit der Nation. Nur die dringenden Vorlagen würden eingebracht werden. Er fordere daher das Haus auf, die Regierung in den Beschlüssen zu unterstützen, nicht die dringenden Vorlagen zu verschieben.

Deutscher Reichstag.

10. Sitzung vom 9. Januar 1895.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag Auer auf Einstellung eines gegen den Abg. Stadthagen (Soz.) schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session. Abg. v. Buchka (Kons.): Der Abg. Stadthagen ist bereits, und zwar bis zum 13. März in Haft; es würde daher zwecklos sein, die Fortführung des betreffenden schwebenden Strafverfahrens durch Annahme des Antrages Auer zu hindern. Abg. Singer: Der Herr Vorredner übersieht ganz, daß auch die Herren Konserverativen schon im vorigen Dezember einen ganz gleichen Antrag bezüglich desselben Abgeordneten angenommen haben, obwohl Stadthagen auch damals schon in Haft war. Abg. Meyer (freis. Vg.): Die von Buchka aufgeworfene Prinzipienfrage ist bereits früher von dem Reichstage entschieden worden. Wir haben gegenwärtig doppelt Anlaß, die Immunitätsrechte unserer Mitglieder zu wahren. Abg. Bachem (Centr.) meint auch, in der jetzigen Zeit gerade, wo ohnehin schon so viel künstliche Interpretationen der Verfassung auftauchen, sollte man sich erst recht hüten, von dem alten Gebrauch abzuweichen. Nach kurzer Entgegnung des Abg. v. Buchka wird der Antrag Auer gegen die Stimmen der Konserverativen angenommen.

Das Haus legt sodann die Beratung der „Umsatzvorlage“ fort. Freiherr v. Stumm (Reichsp.) führt aus, die sozialdemokratische Partei sei trotz aller Ableugung eine revolutionäre. Redner wird wiederholt durch Zwischenrufe der Sozialdemokraten unterbrochen, die der Präsident energisch rügt. Die Sozialdemokratie untergrabe die Religion und Sittlichkeit. Die Sozialdemokratie wolle freie Liebe und habe den deutschen Anarchismus gezeitigt. Stumm fährt fort, alle Anarchisten seien früher Sozialdemokraten gewesen. Der deutlichste Beweis dafür sei der Vereinstalender 1895 (den der Redner in der Hand emporhebt), da ständen auf allen Seiten Anarchisten und Sozialisten brüderlich nebeneinander verzeichnet. Unter dem 15./12. heißt es: „Dennigen von Hebel geächtet“. (Heiterkeit). Das einzig wirkliche Mittel, die Sozialdemokraten niederzuhalten, sei eine eiserne Hand. Er hätte allerdings das Umsatzzgesetz noch schärfer gemacht (Singer ruft: Jeder Sozialdemokrat wird todgeschlagen). Er wünsche die Entziehung des Wahlrechts für die Sozialdemokratie. Sie breite Gift in der Jugend aus, sie habe eine eigene Polizei, wie es beim Boykott hervorgerufen sei. Wer gegen die Sozialdemokraten nicht vorgehe, mache sich verantwortlich für die Ströme von Blut, durch welche später der Weg gehen werde. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Redner bekämpft sodann, daß gebildete Kreise mit sozialistischen Ideen kokettieren. Von den Sozialdemokraten gilt das Wort: Wer den Dolch schleift, ist ebenso schuldig, als wer den Dolch führt. Die Führer verstanden allerdings, ihre Köpfe aus der Schlinge zu ziehen. Sie seien allmählich diebändrige Bourgeois geworden. (Heiterkeit.) Besser die Umsatzzvorlage wäre ein Ausnahmengesetz gewesen. Die Arbeiter müßten gegen die sozialistischen Ausbeuter geschützt werden. Die anderen Parteien sollten die Vorlage durch Abschwächung nicht unannehmbar machen. Redner schließt mit den Worten: „Salus publica suprema lex.“ (Beifall rechts).

Präsident v. Loeperow rügt die verschiedenen Zwischenrufe, die während der Rede Stumms gesendet sind; wie die Worte finis! gelogen! Der Präsident bemerkt, daß er den Kaiser nicht bezeichnen könne. Solche Rufe widersprechen der parlamentarischen Ordnung.

Abg. Gröber (Centr.): Die Sozialdemokraten bemühen sich, den Unterschied zwischen braven und bösen Sozialdemokraten begrifflich zu machen. Warum fürchten denn die braven Sozialdemokraten das neue Gesetz, da es nur für die Bösen bestimmt ist. Redner weist auf die Leistungen der Arbeiter-Wohlfahrtsvereine hin. Damit verglichen hätten die Sozialdemokraten nichts gethan. Gröber erklärt, das Centrum sei bereit, in die Prüfung des Entwurfs einzutreten, ob er geeignet sei, den revolutionären Bestrebungen entgegen zu treten. Er beantragt die Verweisung an eine Kommission von 25 Mitgliedern. Die Bestimmungen des Entwurfs seien vielfach noch unbestimmt. Gröber fragt: Sind die Jesuiten schlimmer als die Umsatzzler, die des gemeinen Rechts theilhaftig werden sollen. Redner bedeutet alsdann verschiedene durch unbestimmte Ausdrücke dem Gesetze notwendiger Weise erwachsende Schwierigkeiten und fordert die Hinzugiehung des Laienlements für die Beurtheilung der in der Vorlage vorgesehenen Delikte. Ferner erörtert er die Bedenken, daß der Polizei das Beschlagnahme-recht gewährt wird. Er weist dann auf die Äußerungen mehrerer Gelehrten hin, die den Sozialdemokraten viel Freude machen müßten, so auf den Vortrag des Straßburger Professors Theodor Hegler. Er erinnerte ferner an die Vertheidigung des Generals Kirchhof durch den Kriegsminister Bronsfort von Schellendorf. Nach der Umsatzzvorlage müßte nunmehr der Justizminister gegen diesen und gegen den Herrn Kriegsminister Bestrafung beantragen. (Heiterkeit und Bravo bei den Sozialdemokraten.) Gröber bemängelt die unbestimmte Fassung der Begriffe Ehe, Religion und Eigenthum. Wenn es in der Vorlage heißt, daß in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise u. s. w., so schütze das nur die deutschen Professoren. Diese seien hundertmal mehr schuldig als die Arbeiter, welche ihre Lehren noch öffentlich vertreten. Redner tritt in diesem Sinne das Gutachten Ernst Hädel's. Gröber betont, er möchte seine Scheidewand ziehen zwischen den das Volk vergiftenden Professoren und den Arbeitern, welche die praktische Konsequenz aus deren Vorträgen zögen. Bei dem Kampf gegen den Umsatz fällt der Kirche die Hauptaufgabe zu. Es giebt kein Heil außer Jesum Christo. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen im Centrum.)

Staatssekretär Lieberding führt aus: Nach den Schlussworten des Vorredners müßte sich der Kampf vollziehen auf dem Wege der innersten Herzensüberzeugung. Auf diesem Wege befindet sich die Regierung schon seit Jahren. Redner polemisiert weiter gegen einzelne Ausführungen Gröber's. Niedereiding spricht seine Freude aus, daß das Centrum sich bereit erklärt habe, mit der Regierung in der Kommission das Gesetz eingehend zu beraten. Er versichert wiederholt, daß der Regierung die Schaffung besonterer Verordnungen völlig fern läge. Die Regierung wolle lediglich den Schutz der Ordnung. Das Gesetz sei keineswegs gegen die Arbeiter gerichtet.

Hierauf wird der Vertheilungsantrag angenommen, und es folgen persönliche Bemerkungen der Abgg. von Stumm und Gröber. Abg. Singer (Soz.) bemerkt, die Geschäftsordnungskommission werde sich am Freitag mit der Erweiterung der Disziplinarbefugnisse des Präsidenten beschäftigen.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung. Schluß der Sitzung 4 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Berlin, 9. Januar 1895.

Se. Majestät der Kaiser hörte heute Vormittag den Vortrag des Chefs des Geh. Zivilkabinetts von Lucanus. Abends gedankt Allerhöchstersele an dem Mittageffen des Offizierkorps des Leibgarde-Husarenregiments in Potsdam theilzunehmen.

Zu der gestrigen Abendgesellschaft bei Sr. Majestät dem Kaiser im Neuen Palais hatten Einladungen erhalten: der Chef des Generalstabes der Armee, der Generaladjutant, General Graf von Schlieffen, die Chefs des Militär- und des Geh. Zivilkabinetts, der Staatssekretär des Reichs-Marineamts, Vizeadmiral Hollmann, der Finanzminister Miguel, der Staatssekretär des Reichspostamts Dr. von Stephan, der hanseatische Gesandte

Dr. Krüger, sämtliche Herren des Hauptquartiers Sr. Majestät des Kaisers und Königs, die Präsidenten des Reichstages von Levegow, von Buol und Büchlin und von den Mitgliedern A. nachstehende Herren: Graf Holstein, Fehr. v. Manteuffel, v. Massow, v. Leipziger und Graf zu Inn- und Knyphausen von der deutsch-konserverativen, Graf Arnim und Fehr. v. Stumm von der deutschen Reichspartei, von Bennigsen, Dr. Hammer und Zeslen von den Nationalliberalen sowie Graf Hompesch vom Centrum. Außerdem waren das Herrenhausmitglied von Bodenhausen-Nabis und die Abgeordnetenhausmitglieder Graf Douglas und Fehr. von Erffa gebeten. Die Geladenen fanden sich um 8 Uhr im Neuen Palais ein. Der Kaiser hatte Admiraluniform angelegt, begrüßte die Erschienenen auf das Leutseligste und verbreitete sich im Laufe der Unterhaltung, die nach Besichtigung der Erinnerungen an die Weihnachtfeier der kaiserlichen Familie eintrat, in längerem, eindrucksvollem Vortrage über die Nothwendigkeit der Forderungen zur Verstärkung der Marine. Die interessantesten Auseinandersetzungen schlossen mit einer Darstellung des jüngsten Seekampfes zwischen der japanischen und der chinesischen Marine. Demnach ließ sich der Kaiser mit seinen Gästen an der in dem Ruchelsaale hergerichteten Tafel nieder und nahm seinen Platz zwischen den beiden ersten Präsidenten des Reichstages. Die Unterhaltung streifte die verschiedensten Gebiete, der Kaiser selbst äußerte sich über den Krieg zwischen China und Japan, das Reichstagsgebäude und war während des ganzen Abends in bester Stimmung. Ein bereitstehender Sonderzug führte um 12 1/2 Uhr die in Berlin wohnenden Herren dorthin zurück. — Nach Mittheilungen aus Abgeordnetekreisen dauerte der Marinevortrag des Kaisers, der durch Zeichnungen auf großen aufgestellten Tafeln erläutert wurde, gegen 2 1/2 Stunden. Der Kaiser beherrschte das Material in faunenswerther Weise und schloß mit den Worten: „Machen Sie dem Fürsten Bismarck, dem Begründer unserer Kolonialpolitik, zu seinem achtzigsten Geburtstag die Freude, für die Flotte die geforderten nothwendigen Summen zu bewilligen!“ Der Kaiser soll auch geäußert haben, daß das Reichstagsgebäude nicht seine Schuld sei; er habe davon erst durch die Zeitungen Kenntniß erhalten.

Das Telegramm des Kaisers an den Fürsten Bismarck zum Neujahrstage lautet: „Ich hoffe, geehrter Fürst, daß Sie sich im Laufe des Jahres 1895 von dem schweren Schlage erholen werden, der Sie unlängst betroffen hat, und daß Sie sich einer guten Gesundheit und Stimmung erfreuen werden. Ihr Ihnen wohlgeniegt Kaiser.“

Von Sr. Maj. dem Kaiser ist dem Berliner Magistrat nachstehendes Schreiben zugegangen: „Der Magistrat meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin hat Mir zum Jahreswechsel wiederum freundliche Glück- und Segenswünsche dargebracht. Ich vertraue, daß die sie begleitenden Worte treuer Liebe und Anhänglichkeit sich auch in der That bewähren werden, und gebe dem Magistrat für diese Kundgebung gern Meinen wärmsten Dank zu erkennen. Möge Gottes Gnade auch im neuen Jahre auf der Reichshauptstadt ruhen, auf daß die Arbeiten der städtischen Behörden zum wahren Wohle der Bürgerschaft in leiblicher wie geistiger Hinsicht gedeihen. Neues Palais, den 7. Januar 1895. gez. Wilhelm K.“

Ihre Majestät die Kaiserin fuhr gestern Abend um 7 3/4 Uhr von der Wildpartikation mittels Sonderzuges nach Berlin, wohnte hier dem Konzerte der ver. Wagnervereine von Berlin und Potsdam in der Philharmonie bei und kehrte mit dem fahrplanmäßigen Zuge um 11 Uhr 5 Min. nach dem Neuen Palais zurück.

Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich wird in der ersten Februar-Woche in England erwartet. Nach dem Besuche der Königin Viktoria in Osborne beabsichtigt die Kaiserin 14 Tage in London zu verweilen.

Die Ueberfiedelung des kaiserlichen Hofes von Potsdam nach Berlin erfolgt morgen.

Zum Präsidenten der deutschen Kolonialgesellschaft, dessen Wahl auf der am 12. Januar in Dresden stattfindenden Vorstandssitzung erfolgen soll, ist der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg ausersehen. Er ist z. Zt. aktiver Militär, Major und etatsmäßiger Stabschef im Leibgarde-Husaren-Regiment; die kaiserliche Erlaubniß zur Annahme der Wahl ist also Voraussetzung.

Das preussische Staatsministerium trat heute unter dem Vorsitz des Fürsten Hohenlohe im neuen Reichstagsgebäude zu einer Sitzung zusammen.

Alle Meldungen, wonach der Gesundheitszustand des Fürsten Bismarck augenblicklich ein ungünstiger sein soll, werden mit dem Bemerkten demittirt, daß sich der Fürst gerade augenblicklich großer körperlicher und geistiger Frische erfreue. Er betheilige sich lebhaft an der Unterhaltung und habe auch regen Appetit.

Heute Mittag traten die zuständigen Ausschüsse des Bundesraths im Reichstag zur Beratung des ihnen am 20. Dezember v. J. überwiesenen Entwurfs eines Gesetzes wegen anderweiter Ordnung des Finanzwesens des Reiches und des Entwurfs eines Tabaksteuergesetzes zusammen.

Die „Köln. Volksztg.“ verwahrt sich gegen die Unterstellung, als ob das Centrum je an der Stellung des Reichstagspräsidenten v. Levegow gerüttelt habe. Von dieser Seite sei die unparteiische und geschickte Geschäftsführung des Herrn von Levegow stets anerkannt worden. Im Centrum habe man auch nicht den Ehrgeiz, die Präsidentenstelle zu befehen.

Wie die „Preuß. Lehrer-Ztg.“ schreibt, ist es noch nicht beschloffen, daß der Lehrbefolungs-Gesetzentwurf vom Minister Dr. Boffe vorläufig zurückgezogen wird, vielmehr befinde er sich noch in der Beratung bei denjenigen Verwaltungsinstanzen, die dabei betheiligt sind, und man hoffe immer noch auf ein gutes Resultat.

Die Geschäftsordnungskommission des Reichstags tritt am Freitag zusammen, und zunächst über die Regelung der Priorität von Initiativ-Anträgen zu beraten. Mit der Frage der Ausdehnung der Disziplinarbefugnisse des Präsidenten wird sich die Kommission erst später befassen.

Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat heute beschloffen, eine vom Abg. Hasse beantragte Interpellation wegen des Schutzes der Deutschen im Auslande beim Reichstage einzubringen.

Der „Börsezeitung“ zufolge wird im Reichstag eine Interpellation vorgelegt werden über die Gründe der seitens

der Regierung erfolgten Ablehnung des vom Reichstag fast einstimmig angenommenen Antrages auf Erweiterung der Eisenbahnfreikarten. Ferner soll diese Ablehnung mit einem Antrag auf zu gewährende Diäten beantwortet werden.

Der Ausschuß der Handelskammern von Frankfurt a. M., Oppeln, Halberstadt, Breslau und anderen Städten hat eine Konferenz aller preussischen Handelskammern, den Reformplan betreffend, auf den 21. d. M. nach Berlin berufen. Die Konferenz wird im Kaiserhof stattfinden.

Wie die „Hamburger Freie Presse“ mittheilt, verweilte vor einigen Tagen der Geheime Kommissionsrath Binder, ehemaliger Chefredakteur der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, in Hamburg. Sein Besuch galt nach der Versicherung des genannten Blattes Verhandlungen mit der Aktiengesellschaft Neue Börsehalle, der er den Verlag seiner Memoiren angeboten hat. Die Verhandlungen sollen zu einem befriedigenden Abschluß geführt haben.

Der Direktor der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft und der Eisenbahn für Deutsch-Ostafrika (Usambara-Linie), Lucas, hat an die „Nat.-Ztg.“ eine Zuschrift gerichtet, in welcher mitgetheilt wird, daß ihm das von der „Wiener Arbeiterztg.“ veröffentlichte Schriftstück im November 1894 in einem Pferdebahnwagen gestohlen worden ist. Am 8. Januar d. J. ist es der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft von Wien aus „Eingeschrieben“ wieder zugeföhrt worden. Ferner tritt Herr Lucas in seinem Schreiben der Annahme entgegen, daß das Verhältnis der beiden Gesellschaften zur Kolonialabtheilung des Auswärtigen Amtes im allgemeinen ein wenig erfreuliches sei.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, frühere Rechtsanwält Arthur Stadthagen in Berlin wurde bekanntlich wegen bewusster Gehänselüberhebung aus der Rechtsanwaltschaft ausgeschlossen. Seine Forderung, deshalb unter Anklage gestellt zu werden, wurde in allen Instanzen abgelehnt, was auch unter dem 29. Decbr. 1894 vom Justizminister Schönstedt bestätigt wurde.

Der „Vorwärts“, der bekanntlich in letzter Zeit wiederholt geheime Aktenstücke aus deutschen Kanzleien zur Veröffentlichung gebracht, publizirt neuerdings zum Beweise, daß er auch unter den russischen Beamten gute Freunde besitzt, aus Rußland zwei geheime Erlasse an den Vorsteher des Warschauer Gendarmereibezirks und an den Vorsteher des Kaiserlichen Zollamtsbezirks. Es handelt sich um die Verhinderung der Einschmuggelung von in Krakau gedruckten Flugblättern, die zur Wiederherstellung Polens auffordern.

In der letzten Tagen sind in Berlin eine Anzahl Anarchisten verhaftet worden. Gleichzeitig fanden in mehreren sozialdemokratischen Buchhandlungen Hausdurchsuchungen statt.

Ausland.

Paris, 9. Januar. Es wird jetzt bekannt, daß die italienische Regierung Kefmann abberufen hat, um Frankreich zur Abberufung seines Botschafters aus Rom zu bestimmen, den Crispi offen beschuldigte, der Urheber der feindlichen Artikel in Partier Blättern gewesen zu sein.

Petersburg, 8. Januar. Der Gehilfe des Finanzministers Witte, Zwatschenkow, der bekanntlich von seinem Chef für den Posten des Kommunikationsministers in Vorschlag gebracht worden war, hat einen leichten Schlaganfall an der rechten Körperseite erlitten.

Provinzialnachrichten.

Marienwerder, 9. Januar. (Personalie.) Wie der „Reichsanz.“ heute bestätigt, ist Sek.-Deut. Freiherr v. Senden zum Oestrichsdirektor in Marienwerder ernannt worden.

Inspruzlaw, 9. Januar. (Einen plötzlichen Tode) erlag gestern der in weiten Kreisen beliebte Herr Rittergutsbesitzer Hermann Kaufmann auf Dobieslawice im 79. Lebensjahre.

Dromberg, 8. Januar. Die Generalkommission, welche jetzt Posen, Pommern, West- und Ostpreußen in ihrer geschäftlichen Thätigkeit umfaßt, soll vom 1. Juli ab getheilt werden. Die Generalkommission für Ost- und Westpreußen soll ihren Sitz in Königsberg erhalten.

Lokalnachrichten.

Zhorn, 10. Januar 1895.

(Stadtverordnetenversammlung.) Gestern Nachmittag 3 Uhr fand eine Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums statt, die erste im neuen Jahr. Anwesend waren sämtliche 36 Stadtverordnete, das Kollegium war also vollständig beisammen, ein Fall, der höchst selten zu verzeichnen ist. Den Vorsitz führte Herr Stadtverordnetenvorsteher Prof. Voelke. Am Tische des Magistrats die Herren Oberbürgermeister Dr. Kohli, Bürgermeister und Rämmerer Stadtwitz, Stadtbaurath Schmidt und Stadtrathe Rudies, Feslauer und Ritter. Es erfolgte zunächst die Einführung der in Folge der Ergänzungswahlen wieder resp. neugewählten Stadtverordneten Glüchmann, Leudise, Dr. Sindau, Rüh, Cohn, Dietrich, Hartmann, Korbes, Vorkowski, Hensel (wiedergewählt), Wiewe und Sieg (neugewählt). Die Einführung vollzog sich ebenso wie in der letzten Sitzung die der Erster-Stadtverordneten; nachdem Herr Oberbürgermeister Dr. Kohli die Herren begrüßt und durch Handkloß an Eidesstatt verpflichtet, folgte noch eine kurze Begrüßung durch den Stadtverordnetenvorsteher Herrn Prof. Voelke. Dem hierauf vom Vorsitzenden erstatteten Bericht über den Personalbestand und die Geschäfte der Stadtverordnetenversammlung im abgelaufenen Jahre 1894 ist folgendes zu entnehmen: Die Versammlung hat zwei Mitglieder durch den Tod verloren (Gerbis und Jacobi), ein Mitglied ist verzojen (Sand). Ordentliche Sitzungen wurden 20 abgehalten, ebensoviel wie im Vorjahre; außerdem fanden zwei außerordentliche Sitzungen statt (am 17. März und am 8. September). Die Zahl der Geschäftsvorlagen betrug 368 (338 im Vorjahre), davon wurden 365 erledigt, während drei in das neue Jahr übernommen wurden. Die Versammlung schritt sodann zur Wahl des Vorstandes und der Ausschüsse. Zum Vorsitzenden wird mit 33 von 34 abgegebenen Stimmen Herr Prof. Voelke und zum stellvert. Vorsitzenden mit 34 von 35 Stimmen Herr Steuerinspektor Hensel wiedergewählt. Ferner werden gewählt: in den Verwaltungsausschüsse die Stov. Hensel, Dorau, Hirschberger, Ueblich und Krimes wieder und Stov. Kolinski an Stelle des Stov. Wolff, der nur 17 Stimmen erhielt, neu; in den Finanzausschüsse die Stov. Dietrich, Cohn, Matthes, Adolph, Tilk und Glüchmann, die sämtlich schon Mitglieder dieses Ausschusses waren. Schließlich wurden noch in die Kommission für Verfassungsklagen die Stov. Preuß und Hirschberger wieder- und Stov. Wegner neugewählt. Damit ist die Stadtverordnetenversammlung für das neue Geschäftsjahr konstituir. — Es gelangen nunmehr die Vorlagen des Finanzausschusses zur Beratung; Referent Stov. Dietrich, 1. Rechnung der Rämmererkasse für das Etatsjahr 1893/94 und des Rämmererkapitalienfonds für 1893. Die Rechnung der Rämmererkasse weist beim Titel für Straßen- und Chausseearbeiten Ersparnisse auf, weil der Bau der Wasserleitung wegen Verbesserungen an Straßen und Chaussees unterbleiben mußten. An Kommunalabgaben sind 35 000 Mk. mehr eingeommen als etatsmäßig veranschlagt war, was seine Erklärung darin findet, daß die Abgabeneinnahme nur nach dem alten Staatssteuerzoll berechnet werden konnte und das neue Staatssteuerzoll sich höher stellte. Die Rechnung schließt mit einem Bestande von 38 600 Mk. ab, wovon 15 000 Mk. auf die neue Rechnung übernommen werden, so daß 13 000 Mk. verbleiben. Aus der Rechnung des Rämmererkapitalienfonds ist zu entnehmen, daß dieser Fonds Ende 1893 ein Vermögen von 2 139 400 Mk. hatte. Beide Rechnungen werden dechargirt. Ferner wird ein Antrag des Ausschusses angenommen, den Magistrat zu

ersuchen, die zur Abschätzung des städtischen Vermögens eingesetzte Kommission zur Aufstellung einer Vermögensübersicht zu veranlassen. Oberbürgermeister Dr. Koblitz bemerkte hierzu, daß die Abschätzung der städtischen Gebäude zc. mit ziemlich beträchtlichen Kosten verknüpft sei. Referent Stv. Dietrich stellt bei diesem Gegenstände den durch die Artushofbauübertragungen veranlaßten Antrag, den Magistrat zu ersuchen, den städtischen Kassen durch den Kammerer Anweisung zu geben, daß sie über die Anträge des Etats und über die von den Stadtverordneten sonst bewilligten Summen hinaus nichts zahlen dürfen, wenn für die Ueberschreitungen nicht die Genehmigung der Stadtverordneten eingeholt ist. Ueber diesen Antrag entspinnt sich eine etwa einstündige Debatte. Vom Magistratsstisch wird eingewandt, daß der Antrag ein Urding sei, da die Kassen nur auf Anweisung zu zahlen hätten und daher eine Anweisung, nicht zu zahlen, garnicht gegeben werden könne. Den Wunsch, Ueberschreitungen zu vermeiden, theile der Magistrat, und bei dieser Ueber einstimmung der Meinungen möge die Versammlung eine Vorlage des Magistrats abwarten, die dem Antrage Dietrich eine geeignete Form gebe. Referent Dietrich hält seinen Antrag aufrecht; derselbe liege nur im Interesse des Magistrats, er solle verhüten, daß städtische Beamte regreßpflichtig gemacht werden. Magistratsseitig wird noch der Einwand erhoben, daß bei Bauten oft die Einstellung der Arbeiten notwendig würde, wenn keine Ueberschreitungen gemacht werden sollten, ehe sie nicht von den Stadtverordneten genehmigt seien. Stv. Uebriek: Der Antrag Dietrich empfehle sich durchaus zur Annahme, da man es verhindern müsse, daß noch einmal Ueberschreitungen von einigen 100 000 M. vorkämen. Wenn erst die Ueberschreitungen gemacht seien, wenn das Geld dafür ausgegeben sei, bleibe den Stadtverordneten garnichts weiter übrig, als zu genehmigen. Stadtbaurath Schmidt: Der Antrag Dietrich weise auf eine Lücke in der Geschäftsordnung des Magistrats hin; über den Stand der etatsmäßigen Ausgabenpositionen habe derselbe lautend und zwar in vierteljährlichen Pouslen Bericht zu erstatten, nicht aber auch über den Stand von außeretatsmäßigen Bauten zc. Wenn der Magistrat hierzu angehalten werde, erkrügte sich der Antrag Dietrich. Ref. Dietrich ist dieser Meinung nicht. Stv. Plehwe wünscht den Antrag Dietrich dahin zu erweitern, daß städtische Beamte gehalten sein sollen, nicht weiter zu arbeiten, wenn bei Bauten die bewilligte Summe erschöpft ist; in dem Fall, daß sie trotzdem die Arbeit fortsetzen, sollen sie regreßpflichtig gemacht werden, wie das auch bei staatlichen Behörden geschehe. Stadtbaurath Schmidt erwidert, nicht jeder Bau lasse sich so übersehen, daß Ueberschreitungen vermieden werden. Beim Artushofbau habe er noch andere Bauten zu leiten und außerdem noch den Bau der Wasserleitung und Kanalisation vorbereitet gehabt. Stv. Plehwe: Bei Staatsbauten werde nach dem Anschlag gebaut und nach dem Anschlag bezahlt; was aber andere Behörden könnten, müsse auch bei uns möglich sein. Stadtbaurath Schmidt: Bei Staatsbauten würden Bauanschläge stets so bemessen, daß für die Ausgaben ein Spielraum bleibe; bei städtischen Bauten sei das aber ganz anders, da werde nach solchen Anschlägen nicht gebaut, denn es werde immer nach Möglichkeit auf die Anschläge gedrückt. Stv. Uebriek kann dies nicht zutreffend finden. Baudeputation und Stadtverordnetenversammlung genehmigen in der Regel jeden Bauanschlag so, wie er aufgestellt sei, ohne Anträge zu machen. Daß bei uns die Anschläge gedrückt würden, könne sonach nicht behauptet werden. Stv. Dietrich glaubt, daß sein Antrag aus ohne Erweiterung den Kern der Sache trifft und bittet den Stv. Plehwe, von seinem Zusatzantrag abzugehen. Der Vorsitzende bringt folgenden Antrag ein: Der Magistrat zu ersuchen, die städtischen Kassen anzuweisen, daß vor Zahlung von Rechnungen, durch welche Etatsansätze oder außeretatsmäßige Anträge überschritten werden, Anzeige hiervon gemacht wird und daß für die Ueberschreitungen sofort die Genehmigung der Stadtverordneten nachzusuchen ist. Bei der Abstimmung wird der Antrag Dietrich einstimmig angenommen. — 2. Rechnung der Waisenhauskasse für 1893/94. Die Rechnung, welche mit 31 700 Mk. in Einnahme und Ausgabe abschließt, wird genehmigt, ebenso 3. die Rechnung der Feuerocietatsskasse für 1893, die eine Einnahme von 171 096 Mk. und eine Ausgabe von 126 393 Mk. hat (Bestand 44 703 Mk.) deren Vermögen um 39 500 Mk. auf 1 429 310 Mk. gestiegen ist. — 4. Die Rechnung über den Bau des Artushofes. Dieser Gegenstand beschäftigt die Versammlung volle zwei Stunden. Die Rechnung war bekanntlich an den Magistrat zurückgewiesen mit dem Ersuchen, daß die einzelnen Ueberschreitungen begründet werden möchten. Die Begründung liegt jetzt in einer ziemlich umfangreichen Denkschrift des Herrn Stadtbaurath Schmidt vor, die in einen allgemeinen Theil und in eine Specialisirung der Ueberschreitungen nach den einzelnen Titeln zerfällt. Der Ausschuss stellt den Antrag, die Rechnung den Stv. Uebriek und Krivetz behufs Erstattung eines Sachverständigen-Gutachtens zu übergeben, vorher jedoch von der Begründung Kenntnis zu nehmen. Stv. Krivetz beantragt, die Denkschrift drucken zu lassen und jedem Mitgliede der Versammlung ein Druckexemplar zuzustellen. Dieser Antrag wird abgelehnt, worauf der Referent die Denkschrift verliest. Dieselbe bezeichnet als Hauptursache der Ueberschreitungen, daß die Preise fast durchweg über den Anschlag hinaus bewilligt werden mußten und daß sich verschiedene Aenderungen des Projekts als notwendig erwiesen. Man könne wohl an der inneren Einrichtung des Artushofes anstellen, daß dieses oder jenes zu luxuriös und überflüssig sei, aber es sei für einen bauleitenden Architekten schwer, sich in der Ausführung seiner Ideen im einzelnen Beschränkung aufzulegen, weil er fürchten müsse, daß der Eindruck des Ganzen darunter leide. Der Artushofbau war auf 325 000 Mk. veranschlagt, die wirklich verausgabte Summe beträgt einschließend aller Nebenkosten, darunter auch die Erwerbung des steuerisalfischen Nachbargrundstücks, 584 000 Mk. Nimmt man hierzu noch den Werth des Grund und Bodens, der auf 60 000 Mk. zu veranschlagen ist, so repräsentirt der Artushofbau einen Werth von 644 000 Mk. Stv. Krivetz erklärt, die Begründung sei in jeder Beziehung vollständig und so klar, daß sich jeder seine Ansicht darüber bilden könne. Zu begutachten wäre in der Sache nichts, von Einziehung eines Gutachtens könne man daher ganz absehen. Stv. Mehrlein ist gleicher Ansicht. Stv. Rechtsanwalt Schlee: Er wäre nicht für den Bau des Artushofes gewesen, aber die Versammlung habe ihn seiner Zeit gewollt. Die vorgelassenen Ueberschreitungen seien nunmehr ausreichend begründet und da das Geld dafür verausgabt sei, so werde jetzt die Versammlung ihre Genehmigung erteilen müssen. Er wüßte nicht, was man sonst thun wollte. An eine Regreßklage könne Niemand denken; er halte sie für jeder Unterlage entbehrend. Um die Sache aus der Welt zu schaffen, möge man die Rechnung ohne weitere Umstände genehmigen; man könne das in dem Bewußtsein, daß das, was der bauleitende städtische Beamte beim Artushofbau an Kosten aufgewandt hat, für die Allgemeinheit aufgewandt worden ist. Stadtbaurath Schmidt: Er müsse es ausprechen, daß die Artushofbau-Angelegenheit in den hiesigen Zeitungen, speziell in der „Thörner Presse“ und in der „Thörner Zeitung“, sehr übertrieben worden sei. Man habe die Ueberschreitungen in Höhe von 300 000 Mk. hingestellt, während sie sich thatsächlich nur auf 109 000 Mark belaufen. Diese Ueberschreitungen hätten dem Ansehen und der Würde unserer Stadt nur geschadet, zumal dadurch auch in der auswärtigen Presse die Sache aufgebauscht wurde. Ein bekannter hiesiger Korrespondent habe in der „Danziger Zeitung“ die Artushofbau-Angelegenheit mit der abgebrannten hölzernen Weichselbrücke verglichen; er wisse wohl nicht, daß es ein schlechter Vogel ist, der sein eigenes Nest beschmutzt. Stv. Lambert: Man werde sich gegen die Genehmigung der Rechnung wohl nicht weiter sträuben, aber den Vorwurf werde der Stadtbaurath anerkennen müssen, daß er beim Artushofbau die beschränkten Verhältnisse unserer Kommune nicht genügend berücksichtigt und sich zu sehr von seinen künstlerischen Idealen leiten gelassen habe. Stadtbaurath Schmidt: Gewiß verdiene ich einen Vorwurf, aber man darf immer nicht die Umstände veressen, welche bei dem Artushofbau obgewaltet haben. Daß der Artushof gut und solid gebaut ist, wird man mir wohl zugeben müssen, und das ist beruhigend für mein Gewissen. Ich will immer noch lieber gut und theuer, als billig und schlecht bauen. Am liebsten bezahlte ich die Ueberschreitungen aus meiner Tasche, aber soviel habe ich nicht. Stv. Kolinski: Die Ueberschreitungen des Artushofbaues allein hätten die Unzufriedenheit in der Bürgerschaft noch nicht erzeugt, es sei bei ihnen nicht geblieben, es seien noch die Ueberschreitungen der Wasserleitung und Kanalisation zugekommen und das mache unsere Finanzverhältnisse allerschwerlich bedenklich. Mehr solcher Gebäude könnten wir nicht ertragen, deshalb habe die Stadtverordneten-Versammlung ein weiteres Anwachsen unserer Schuldenlast zu verhindern. Das sei ihre erste Pflicht gegenüber der Bürgerschaft. Stadtbaurath Schmidt: Er erkenne gern an, daß die städtische Verwaltung Sparsamkeit üben müsse und werde sich an seinem Theile bemühen, es zu thun. Man wolle aber nicht außer Acht lassen, daß bei so großen Bauten wie Wasserleitung und Kanalisation Ueberschreitungen geradezu unvermeidlich seien. Die Hauptsache wäre doch immer, daß solche Bauten gut ausgeführt würden, daß sie den An-

forderungen entsprechen. Nachbewilligungen wären in keinem Falle so schlimm, als wenn es so läme, wie z. B. in Kopenhagen, wo eine Million für die Wasserleitung ausgegeben ist und die Regierung jetzt den Bau sperret, weil er zu schlecht ausgeführt ist. Die Debatte wird geschlossen und die Abstimmung ergibt Genehmigung der Rechnung und der in ihr enthaltenen noch nicht bewilligten Ueberschreitungen von 109 000 M. Nachdem noch von dem Protokoll über die am 28. Dezember stattgefundene Revision der Kämmerei-Kasse Kenntnis genommen, wurde die Sitzung nach vierstündiger Dauer um 7 Uhr geschlossen. Ueberlebt blieben 11 Vorträge, welche für die nächste Sitzung zurüdgelegt werden. Aus dem vorstehenden Bericht ersehen unsere Leser, daß Herr Stadtbaurath Schmidt die „Thörner Presse“ in der Artushofbau-Angelegenheit der Uebertreibung beschuldigt. Wir müssen diesen Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurückweisen, da er nicht im geringsten begründet ist. Wir haben in unseren Artikeln zur Artushofbau-Angelegenheit nur die abgerundeten Zahlen wiedergegeben, die in der Stadtverordneten-Versammlung angeführt worden sind, Ziffern, die wahrhaftig nicht noch erhöht werden brauchten. Wenn Herr Stadtbaurath Schmidt erklärt, daß die Ueberschreitungen nur 109 000 Mark betragen, so meint er damit die noch nicht bewilligten Ueberschreitungen. Wir und mit uns wohl alle Bürger rechnen aber als Ueberschreitung alles das, was den Anschlag übersteigt, und da dieser 325 000 Mark betrug und die wirkliche Kosten summe 584 000 Mark beträgt, so ist eine Gesamt-Ueberschreitung von 259 000 Mark vorhanden, was doch nicht bestritten werden kann. Daß diese Summe ganz Herrn Stadtbaurath Schmidt zur Last fällt, ist von uns nie behauptet worden. Wie Herr Stadtbaurath Schmidt unsere Erörterungen mit der Würde und dem Ansehen Thorns in Verbindung bringt, ist uns völlig unverständlich. Unsere Schuld ist es nicht, daß die Zeitungserörterungen notwendig wurden, und im Uebrigen sind wir der Meinung, daß eine Zeitung wohlberechtigt ist, Kritik an öffentlichen Dingen und Angelegenheiten zu üben; in der Artushofbau-Angelegenheit haben wir mit der Vertretung der Interessen der Steuerzahler sogar eine Pflicht zu erfüllen geglaubt. Vom Magistrat aber sollte man erwarten, daß er nicht nur Lob, sondern auch begründeten Tadel zu ertragen vermag. Mit Anerkennung haben wir da, wo sie verdient war, dem Magistrat und insbesondere Herrn Stadtbaurath Schmidt gegenüber nie zurückgehalten. — (Personalien.) Es bestätigt sich, daß Herr Musikdirektor Friedemann am 1. März Thorn verläßt, um die Leitung der Kapelle des Infanterie-Regiments Nr. 129 in Noworaglav zu übernehmen. — Der frühere Vorleser der Eisenbahndirection Thorn, Regierungsrath Koepfel, ist vom 1. April ab zum Präsidenten der neu errichteten Eisenbahndirection Katowicz ernannt worden. — Der diätarische Gerichtschreibergehilfe Woznyński in Thorn ist zum Assistenten mit der Funktion als Dolmetscher bei dem Amtsgericht hier selbst ernannt worden. — (Turnverein.) In der am Dienstag stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Herren in den Vorstand gewählt: Professor Boethe, Vorsitzender, Hermann Loemenson, Kassenswart, Kraut, Turnwart, Koegel, stellvertretender Turnwart (wiedergewählt), Assessor Boethe, Schriftwart, Schulamtskandidat Szymanski, Leiter der Jugend-abtheilung, (neugewählt). Zu Kassensprüfern wurden die Herren Wäckermeister Loemenson und Rechtsanwalt Stein gewählt. — Herr Professor Boethe gab über den Stand der deutschen Turnern und im Anschluß hieran über das Turnen in Thorn ein eingehendes Bild, nach welchem die Turnere überall steten Aufschwung erzählt. — (Zunungsquartal.) Am 7. d. Monats hielt die Tischlerinnung in der Zunungsberge ihre Neujahrsquartalsitzung ab, in welcher sechs Lehrlinge eingeschrieben und zwei Ausgelernte zu Gesellen freigesprochen wurden. Nach Erledigung der Tagesordnung fand ein gemeinschaftliches Abendessen statt. — (Cirkus.) Ende dieses Monats trifft der Cirkus Schumann aus Berlin hier ein, um im Cirkusbau am Bromberger Thore 14 Tage lang Vorstellungen zu geben. — (Eisenbahnlozoped.) Ein hiesiger Unternehmer hat sich zur Benutzung für sein Privatgeleis ein Eisenbahnlozoped angeschafft, das von der Firma Zähler hier selbst geliefert ist. Dieses Lozoped unterscheidet sich von den Eisenbahnfahrern, welche die Bahnmeister in Gebrauch haben, durch leichtere Fortbewegung und leichteres Gewicht; es ist nämlich nur 1 Centner schwer und wird mittels Hebelkraft fortbewegt, während die Fahrräder der Bahnmeister Tretdorrichtung haben. — (Strafkammer.) In der gestrigen Sitzung führte den Vorsitz Herr Landgerichtsdirektor Woznyński. Als Beisitzer fungirten die Herren Landgerichtsräthe Schulz I, von Kleinjorgen, Koh und Landrichter Hirsberg. Die Staatsanwaltschaft vertrat Herr Rechtsanwalt Neitz. Der Beisitzer Simon Schönwald aus Pniewitz wurde unter Aufhebung des Urtheils der Strafkammer des königlichen Landgerichts hier vom 16. Februar 1894, durch welches er wegen gefährlicher Körperverletzung zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt war, freigesprochen. Seine Verurtheilung vom 16. Februar c. erfolgte hauptsächlich auf Grund der Zeugnisaussage des Arbeiters Johann Drygalski aus Abbau Wabcy, dem späterhin ein Meid eid nachgewiesen wurde. — Der Pferdenecht Johann Jagodzinski aus Bodgorz war beschuldigt, am 9. Juli 1894 in Bodgorz übermäßig schnell gefahren zu sein und hierbei den Knaben Stanislaus Wozniak überfahren zu haben, wobei letzterer nicht unerhebliche Verletzungen davontrug. Er wurde wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 10 Tagen Gefängnis verurtheilt. — Dem Maurer Andreas Wisniemski aus Renczlag wurde wegen Verleitung ein Monat Gefängnis auferlegt. Von der Anklage, sich noch in einem zweiten Falle der Verleitung schuldig gemacht zu haben, wurde er freigesprochen. — Gegen den früheren Drochsenkutscher Alexander Raniemski aus Thorn führte die Anklage aus, daß er am 3. Juni v. J. mit mehreren Fahrgästen nach Leibisch gefahren, sich dort angetrunken habe und auf dem Rückwege gegen ein anderes Fuhrwerk gefahren sei. Zwischen ihm — einerseits — und seinen Fahrgästen, sowie den Fahrgästen des anderen Fuhrwerks — andererseits — sei es alsdann zu einem Wortwechsel gekommen, in dessen Verlauf Angeklagter die Fahrgäste mit einem eisernen Schraubenschlüssel zu schlagen gedroht und die Zahlung des Fuhrlohes mit 12 Mark unter der Androhung verlangt habe, daß es Schläge geben werde, wenn er den Fuhrlohn nicht erhalte. Nachdem ihm daraufhin das Fuhrgeß gezahlt worden, sei er fortgefahren, ohne die Fahrgäste mitzunehmen. Diese seien genöthigt gemessen, eine Strecke Weges von etwa 4 Kilometern zu Fuß zurückzulegen. Raniemski wurde der Nothigung für überführt erachtet und deshalb zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt. Von der weitergehenden Anklage, sich auch der Bedrohung mit dem Begehen eines Verbrechens schuldig gemacht zu haben, wurde Raniemski freigesprochen. — Die Strafsache gegen den Arbeiter Bruno Eöpfer aus Or. Moder wegen Körperverletzung und Nothigung wurde vertagt. — (Als zweitgrößter Artillerist) der deutschen Armee kann wohl ein Einjährig-Freiwilliger beim Fuß-Artillerie-Regiment in Reife gelten, der eine Länge von 1,92 Meter besitzt. — (Nicht tagenlichtig.) Der Kanonier Behrendt vom 11. Fuß-Artillerieregiment, welcher wegen Verdachts der Fahnenflucht verfolgt wurde, ist zu seinem Regimente zurückgeführt. — (Weinache erfroren.) Auf der Culmer Vorstadt ließ gestern Abend ein Eigentümer seinen Schlitten mit dem Pferde vor einem Hause stehen. Dem Gaul wurde die Zeit zu lang und so bewegte er sich langsam weiter, um sich auf das Terrain der Dremwischen Fabrik zu verirren, wo er die ganze Nacht über stehen blieb. Heute früh wurde der Gaul in halb erfrorenem Zustande aufgefunden und an die Polizei abgeliefert, durch welche der Besitzer das Thier zurück erhielt. — (Eisanfuh.) Die hiesigen Brauereien haben zum Theil bereits mit der Anfuhr von Eis beginnen lassen, da sie fürchten, daß sie bei etwa wieder eintretendem Thauwetter ohne Eis bleiben könnten. Das aus dem Grünsülde und den Festungsgräben gewonnene Eis hat bereits eine Stärke von 10 Zentimetern. — (Die Auszahlung der Löschgebühren) an die bei dem Uebriek'schen Brande thätig gewesenen Feuerwehrmannschaften erfolgt am nächsten Sonnabend abends 6 Uhr im Polizeikommissariat. — (Polizeibericht.) In polizeilichen Gemachraum wurden 5 Personen genommen. — (Von der Weichsel.) Der heutige Wasserstand betrug mittags am Bindepegel der königl. Wasserbauverwaltung 0,93 Meter über Null. — (Wichmarkt.) Auf dem heutigen Wichmarkt waren 176 Schweine ausgetrieben, darunter 12 fette. Bezahlt wurden 33—36 Mk. für bessere und 30—32 Mk. für geringere Qualität pro 100 Pfd. Lebendgewicht.

/ Podgorz, 9. Januar. (Gemeinde-Verordneten-sitzung.) In der heutigen Gemeindeverordneten-sitzung wurden zunächst durch den Herrn

Bürgermeister Kühnbaum die neugewählten Beordneten Herr Dr. Gorft und Hausbesitzer Herr Wytrykowski eingeführt. Zum Protokollführer wählten die Beordneten für 1895 den Herrn Bürgermeister, als Stellvertreter Herrn Brauereibesitzer Thomä. Es folgen hierauf verschiedene Mittheilungen, 1., daß die Regierung den Beschl. vom 7. November v. J. genehmigt hat, wonach pro 1895/96 an Kommunalsteuern 230 Prozent der Staatseinkommensteuer und 189 Pro. Grund- und Gebäudesteuer erhoben werden, da die Regierung auch weiter den Staatszuschuß zur Aufbringung der Lehrergehälter zahlt, 2. daß dem Herrn Wendt die vierte evangelische Lehrstelle übertragen worden ist und die fünfte am 16. d. Mts. wieder bezeugt wird durch Berufung des Schulamtskandidaten Kujath, 3., daß die Lustbarkeitssteuer und die Hundsteuer, die für jeden Lu-zuhund 3 Mark beträgt, ebenfalls in der von der Versammlung vorgeschlagenen Weise von zuständiger Stelle ihre Genehmigung gefunden hat und die betreffenden Verfügungen mit dem 1. April d. J. in Kraft treten, 4., daß die Regierung der Gemeinde 1600 Mark zur Zahlung der erhöhten Lehrergehälter überwiesen hat. Die Einnahme an Kommunalabgaben beträgt vom 1. April bis Ende Dezember 1894 17 801,62 Mark, an Staatssteuern 4096,39 Mark, die Ausgabe 16 451,44 Mark und 4287,32 Mark, so daß an Kas senbestand 1159,15 Mark vorhanden sind. Die Kosten für die Pumpen-reparatur im Betrage von 40 Mark werden bewilligt, ebenso die Umzugskosten des Lehrers W., die 12,10 Mark, und die Kosten für den Krankenforb, die 35 Mark betragen. Bis zum 1. April soll das fünfte Schulklassenzimmer von der Gemeinde beschafft werden. Es wird zunächst eine aus den Herren Thomä, Wytrykowski und Hahn bestehende Kommission gewählt, die darüber berichten soll, ob sich die zweite Lehrerwohnung als Klassenzimmer einrichten läßt. Das Gesuch des Amtes- und Schulieners Wessalomski wird als begründet erachtet und bewilligt ihm die Vertretung eine Gratifikation von 30 Mark. [Dttlofchin, 10. Januar. (Wahl.) Der Amtsvorsteher a. D. Herr Robert Kugel zu Rutta wurde gestern von der Gemeinde einstimmig zum Waisenrath von Dttlogynne und Rutta gewählt.

Kannigfaltiges.

(Ein Boykott) wird in dem Berliner Grundbesitzerverein geplant. Der Berliner Grundbesitzerverein beabsichtigt, einen Beschluß herbeizuführen, diejenigen Zeitungen, welche sich für die Erhöhung der Kanalitätsabgabe erklärt haben, Abonnements und Inskripte zu entziehen. — Ein solcher Beschluß würde, wie die „Freieinnige Ztg.“ zutreffend bemerkt, gerade ausreichen, den Hausbesitzerverein in Berlin selbst vollständig in Verzug zu bringen. (Der gesündeste Ort in England.) Der Vorsitzende des Besuchs-Comitès des großen Londoner Zuchthauses von Pentonville konnte letzter Tage mit Recht sagen, daß diese Anstalt der gesündeste Platz in England sei. Von 12 000 Sträflingen, welche sich im letzten Jahre in der Anstalt befanden, sind nämlich nur 9 gestorben.

Neueste Nachrichten.

Znin, 10. Januar. Bei der heutigen Wahl zum Abgeordnetenhaufe erhielt von Davier 110 und von Sczaniecki (Pole) 226 Stimmen. Budapest, 6. Januar. Der Kaiser hat heute Vormittag den Grafen Khuen-Hedervay in anderthalbstündiger Privat-audienz empfangen. Calais, 9. Januar. Der Postdampfer „Empress“ ist wieder flott gemacht und steuert dem Hafen zu. London, 9. Januar. Es ist jetzt festgestellt, daß während des jüngsten Sturmes fünf Fischerboote aus Yarmouth mit insgesamt 30 Menschen untergegangen sind. Petersburg, 9. Januar. Bei der Station Dmitrowskaja ist ein gemischter Zug der Kjäsan-Uralbahn infolge falscher Weichenstellung entgleist, eine Lokomotive und 10 Waggonen wurden zertrümmert. 4 Personen blieben todt, 7 sind schwer verletzt.

Verantwortlich für die Redaktion: Heinr. Wartmann in Thorn

Telegraphischer Berliner Börsenbericht.	
[10. Jan. 9. Zw. 9]	
Tendenz der Fondsbörse: befestigt.	
Russische Banknoten p. Kasza	219—85 219—95
Beschel auf Warschau kurz	219—60 219—45
Preussische 3 % Konsols	97— 96—80
Preussische 3 1/2 % Konsols	104—80 105—10
Preussische 4 % Konsols	105—80 106—
Deutsche Reichsanleihe 3 %	96—60 96—40
Deutsche Reichsanleihe 3 1/2 %	104—90 105—
Polnische Pfandbriefe 4 1/2 %	69—10 69—
Polnische Liquidationspfandbriefe	— — —
Westpreussische Pfandbriefe 3 1/2 %	102— 102—10
Diskonto Kommandit Anteile	208—50 208—25
Oesterreichische Banknoten	164—45 164—45
Belgen gelber: Januar.	
Mail	143—10 141—75
lofo in Newyork	63— 63c
Hoggen: lofo	116— 115—
Januar	
Mail	119—25 118—75
Juni	120— 119—50
Hafer: lofo	106—140 106—140
Mail	116—50 116—
Hüßl: Januar	43—80 43—20
Mail	43—90 43—90
Spiritus:	
50er lofo	51—70 51—60
70er lofo	32— 31—90
70er Januar	36—60 36—30
70er Mail	38— 37—70
Diskont 3 pCt., Lombardzinstus 3 1/2 pCt. resp. 4 pCt.	

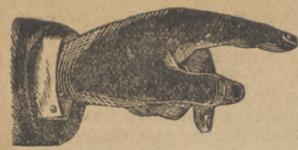
* Kdnigsberg, 8. Januar. Spiritusbörse. Pro 10000 Liter ohne Fals höher. Zufuhr 10 000 Liter. Besto kontingentirt 51,50 Mk. Br., 51,00 Mk. Bd., — Mk. bez., nicht kontingentirt 32,00 Mk. Br., 31,50 Mk. Bd., — Mk. bez.

Berlin, 9. Januar. (Städtischer Centralviehhof). Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 451 Rinder, 8579 Schweine, (734 Bafonier), 1719 Küber, 970 Hammel. — Der Finteraustrieb, in der Hauptsache geringe Waare, wurde bis auf 20 Stück zu Preisen des vorigen Sonnabend ausgetauft. — Der Schweinemarkt verlief langsam, inländische Waare wird geräumt. Auch das Belantimwerden der heute erfolgten Aufhebung des Ausfuhrverbots für Schweine (10 1/2 Uhr vorm.) übte keinen besonders oder nachhaltig belebenden Einfluß auf das Geschäft aus, da es an auswärtigen Käufern natürlich fehlte. 1. 50, ausgeluchte Posten darüber, 2. 48—49, 3. 45—47 Mk. pro 100 Pfund mit 20 pCt. Tara. Bafonier hinterlassen etwas Ueberstand. Man zahlte 43, ausnahmweise auch 44 Mark per 100 Pfund mit 55 Pfund Tara per Stück. — Der Rälbermarkt gestaltete sich ruhig. Nur beste Waare hielt die alten Preise; im Uebrigen ist Rückgang derselben zu verzeichnen. 1. 64—70, ausgeluchte Waare darüber; 2. 56—63, 3. 50—55 Pfd. pro Pfund Fleischgewicht. — Der Hammelmarkt wurde bis auf 80 Stück zu unveränderten Preisen geräumt.

11. Januar: Sonnen-Aufg. 8.09 Uhr. Mond-Aufg. 4.04 Uhr. Sonnen-Untg. 4.07 Uhr. Mond-Untg. 8.51 Uhr Morg.

Kirchliche Nachrichten.

Freitag den 11. Januar 1895. Evangelisch-Lutherische Kirche; abends 6 1/2 Uhr Missionsstunde: Superintendent Rehm.



Von heute ab befindet sich die Expedition der „Thorner Presse“ und des „Thorner Kreisblatts“, sowie die Annahme aller Drucksachen im Laden meines bisherigen nunmehr neuerbauten Hauses, Katharinen- und Friedrichstraßen-Ecke.

C. Dombrowski.

Heute früh 1 Uhr entschlief nach langem schweren Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin
Julianna Wegner
 geb. **Tessmer**
 im eben vollendeten 30. Lebensjahre. Dieses zeigen tiefbetrübt an im Namen der trauernden Hinterbliebenen
 Thorn den 10. Januar 1895
August Wegner,
 Schiffsführer.
 Die Beerdigung findet Sonntag den 13. d. M. nachmittags 2 Uhr vom Trauerhause, Fischerstr. 34, aus statt.

Als Nachlasspfleger werde ich den beweglichen Nachlass des verstorbenen Oberleutnanten **Friebe** am
Montag den 14. d. Mts.
 nachmittags 2 Uhr
 auf dem Nachlassgrundstücke **Al. Mocker,**
 Bergstraße Nr. 23-25, öffentlich meistbietend versteigern lassen.
 Thorn den 10. Januar 1895.
Cohn,
 Rechtsanwält.

Versteigerung.
Freitag den 11. Januar cr. vorm. 11 Uhr
 werde ich im Speicher des Herrn Spediteur **W. Boettcher,** Baderstraße
50 Ctr. Farin in Säcken u. 4 Ctr. Puderzucker in Kisten
 für Rechnung des es angeht öffentlich meistbietend versteigern.
Paul Engler, vereidigter Handelsmakler.
 Die Lieferung von

Bekanntmachung.
 Mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten unserer Provinz wird im Auftrage des westpreussischen Vereins zur Bekämpfung der Waidenkrankheit in den nächsten Tagen hierorts eine **Haus-Kollekte** zum Besten genannten Vereins, insbesondere zur Ansammlung eines Baufonds für die Errichtung eigener Anstaltsgebäude für die **Arbeiter-Kolonie Hilmarsdorf** abgehalten werden und zwar durch den **Polizeiserganten a. D. Decomé** von hier.
 Die freundlichen Wohlthäter werden ergeblich ersucht, die Spenden dem genannten Einsammler behändigen und in das von demselben geführte Sammelheft eintragen zu wollen.
 Wir hegen die zuverlässige Hoffnung, daß unsere Bürgerchaft die Bemühungen des Vereins um das Zustandekommen des erwähnten gemeinnützigen Werkes wohlwollend unterstützen werde.
 Thorn den 31. Dezember 1894.
Der Magistrat.

ca. **100 000 Ziegel**
 1. Kl. zum Bau der Filial-Kirche in Gr. Bösendorf soll an den Mindestfordernden ausgegeben werden.
 Angebote nebst Probeziegel und Preisangabe pro Tausend franco Scharnauer Fähre sind bis zum 1. Februar cr. an den Unterzeichneten portofrei einzuliefern.
 Gr. Bösendorf b. Penzau, 7. Januar 1895.
Der Gemeindevorsteher.
 Fr. Dawe.

Bekanntmachung.
 Zur Verpachtung der Chausseegelderhebung auf der Stadt Thorn gehörigen **Culmer-Anstalt** auf 3 Jahre, nämlich auf die vom 1. April 1895 bis dahin 1898, eventuell auch auf 1 Jahr, haben wir einen Bietungstermin auf
Donnerstag den 24. Januar 1895 mittags 12 Uhr
 im Amtszimmer des Herrn Stadtkämmerers — Rathhaus 1. Etage — anberaumt, zu welchem Bietbewerber hierdurch eingeladen werden.
 Die Bedingungen, von welchen gegen Kopialien Abschriften erteilt werden, liegen in unserem Bureau 1 zur Einsicht aus.
 Die Bietungssumme beträgt 600 Mark und ist vor dem Termin in unserer Kämmererei-Kasse zu hinterlegen.
 Thorn den 9. Januar 1895.
Der Magistrat.

Pferdeverkauf.
 Am **Montag den 14. Januar cr.** mittags 12 Uhr sollen auf unserem Fabrikhofe **8 Arbeitspferde**
 meistbietend gegen Baarzahlung verkauft werden.
Zuckerfabrik Neu-Schönsee.

Polizeibericht.
 Während der Zeit vom 1. bis Ende Dezember 1894 sind: 22 Diebstähle, 1 Sachbeschädigung, 1 Betrug zur Feststellung, ferner: liebliche Dinen in 37 Fällen, Obdachlose in 14 Fällen, Trunkene in 13 Fällen, Bettler in 15 Fällen, Personen wegen Strafenstandes und Unfalls in 30 Fällen zur Arretierung gekommen. 738 Fremde sind angemeldet. Als gefunden angezeigt und bisher nicht abgeholt: 1 Reesfahr mit Schreibentwürfen, 1 kleine Scheere, 1 goldene Brosche, 2 Portemonnaies mit kleinen Geldbeträgen, 10 Gutscheine der Straßenbahn, 1 Wechsel über 75 Mk., 1 Kriegsgeldmünze von Düppel, 2 schwarze Muffs, 1 schwarze Ledertasche mit Taschentuch, 1 Paar Damen-Glasehandschuhe, 1 kleine Flasche, 1 schwarzer Damenschirm, 5 einzelne Schlüssel, 1 grauweiße Dede, 1 Padet Strümpfe, 1 Hahn.
 Die Verlierer bzw. Eigentümer werden aufgefordert, sich zur Geltendmachung ihrer Rechte binnen 3 Monaten an die unterzeichnete Polizeibehörde zu wenden.
 Thorn den 7. Januar 1895.
Die Polizeiverwaltung.

12 1/2 Mark!
 Durch größeren Cassa-Einkauf bin ich in der Lage, der auswärtigen unredlichen Konkurrenz die Spitze zu bieten u. verkaufe ich von heute ab eine wirklich gute abgezogene u. regulirte silberne 0,800 gestempelte Cylinderrhemontour-Uhr, 6 Rubis, Goldrand, mit reeller Fahr.
 schriftl. Garantie für 12 1/2 Mk. Nicht abgezogen kostet die Uhr 2 1/2 Mk. weniger.
 Gleichzeitig zur Nachricht, daß die zu Weihnachten vollständig ausverkauften Adler-Wecker, p. Stück 3 Mk. mit 1 Jahr. Garantie wieder zu haben sind. Alle anderen Arten Uhren, sowie Goldwaaren, Kathenower Brillen und Pince-nez, Musikwerke u. zu bekannt realen Preisen. Bei Versandt nach außerhalb wird Verpackung nicht berechnet.
Louis Joseph, Uhrmacher,
 Seglerstr. 29,
 gegenüber Herrn Carl Matthes.

Öffentliche Zwangsversteigerung.
Freitag den 11. Januar cr. nachm. 2 Uhr
 werde ich vor dem Paul'schen Gasthause in Jacobs-Vorstadt die daselbst untergebrachten Gegenstände als:
1 Piano, 1 birk. Wäsche- und 1 Regulator, 1 Spiegel mit Spindchen, 1 Sopha, 1 Sophatisch u. a. m.
 öffentlich meistbietend gegen Baarzahlung verkaufen.
 Gerichtsvollzieher in Thorn.
 Ein möbl. Zim. nebst Kab. u. Burschen-gel. v. sof. zu verm. Tuchmacherstr. 22.

Pianoforte-
Fabrik L. Herrmann & Co.,
 Berlin, Neue Promenade 5,
 empfiehlt ihre Pianinos in neuereisigter Eisenkonstruktion, höchster Tonfülle u. feiner Stimmung zu Fabrikpreisen. Versandt frei, mehrwöchentliche Probe gegen baar oder Raten von 15 Mk. monatlich an. Preisverzeichnis franko.

Den Interessenten theile ich mit, daß ich für gefallene und lebende Pferde, die mir auf meine Abdeckerei gebracht werden, **10 Mk.**, für solche, die ich abholen lasse, **6 Mk.** zahle.
August Lüdtke, Abdeckereibesitzer,
 Thorn, Culmer Vorstadt 80.
1000 Briefmarken, ca. 170 Sorten, 60 Pf. — 100 versch., überseische 2,50 Mk. — 120 bessere europäische 2,50 Mk. bei **G. Zechmeyer, Nürnberg.** Ankauf. Kaufsch.
6000 Mark
 auf ländliche sichere Hypothek sind sofort zu vergeben durch
Benno Richter.

Thorn im Januar 1895.
P. P.
 Zeige hiermit ergebenst an, daß infolge gütlichen Uebereinkommens mein bisheriger Socius Herr **Bruno Kaminski** aus der Firma **Doliva & Kaminski** ausgeschieden ist und ich das Geschäft allein mit allen Aktiva und Passiva übernommen und solches unter der Firma
B. Doliva
 in unveränderter Weise fortführen werde.
 Ich bitte ergebenst, daß der Firma bisher geschenkte Vertrauen fernherhin auch mir bewahren zu wollen und wird es mein Bestreben sein, mir dasselbe durch prompte, reelle und sauberste Ausführung aller Aufträge zu erhalten.
 Hochachtungsvoll
B. Doliva.

Sattler- u. Tapezierer-Arbeiten
 werden von mir in und außer dem Hause
 prompt u. gut zu soliden Preisen ausgeführt.
R. W. Dombrowski, Sattlermstr. u. Tapezierer.
 Gr. Mocker, Lindenstraße 53.

Geld-Lotterie zu Trier.
 Genehmigt in dem gesammten Umfang der Monarchie.
 Ziehung I. Klasse 14. u. 15. Februar 1895.
 II. Klasse 8.—10. April 1895.
Hauptgewinne Baares

Mark 40 000	Mark 15 000	ev. Mark 500 000	Mark 100 000
30 000	10 000	300 000	50 000
20 000	2 à 5 000 etc.	200 000	25 000 etc. etc.

Original-Lose I. Klasse

1/1	1/2	1/4	1/8
M. 22.40	M. 11.20	M. 5.60	M. 2.80

Original-Voll-Lose

1/1	1/2	1/4	1/8
M. 40	M. 20	M. 10	M. 5

 gültig für beide Klassen.
Georg Joseph, Berlin C., Grünstr. 2.
 Porto und Liste 40 Pf. Einschreiben 30 Pf. extra.

L. Kaczmarkiewicz'sche
 Färberei und chemische Kunst-
Wasch-Anstalt
 THORN, Copernicusstraße 13
 empfiehlt sich dem geehrten Publikum zum Färben und Reinigen aller Arten unzerstörter Herren- und Damengarderoben, seidener und wollener Kleider, Uniformen, Gardinen, Pelzgegenständen, Teppichen, Zimmer- und Decorationsstoffen u. s. w.

Verkaufe von heute an:
Butter à Pfd. mit Mk. 1,10.
 Dampf-Molkerei Thorn. H. Weier.
 Freitag auf dem Fischmarkt treffen ein:
Prima frische Schellfische
 bei **Wisniewski.**

Trockenes Klobenholz,
 sowie
Stubben
 stehen zum Verkauf am Bahnhof Babau.
Säge-spähne,
Brennholz u. Schwarten
 verkauft billigt
G. Soppart's Sägwerk.
 Miffädt, Markt 27 ist die 1. Etage best. aus 7 Zim., 2 Kabinets, Küche, Speisekammer u. sonst. Zubehör vom 1. April 1895 zu verm. Besichtigung von 11—3 Uhr.
Gustav Scheda.
Laden n. Wohn., Holz- u. Pferde stall, f. 240 M. z. v. Culmer Chaus. 44.

Billige Cellostunden
 werden gef. Off. u. C. M. a. d. Exp. d. Stg.
Onten kräftigen Mittagstisch
 in und außer dem Hause von 50 Pf. an verabfolgt
A. Schönknecht, Bäckerstr. 11, pt.

Vorzügliche Amme,
 bisher bei 8 Monate altem Kinde, sucht sofort Stellung wegen Verheirathung der Herrschaft.
 Zu erfragen Mellienstraße 89, 2 Tr. links.

1 zuverlässiges Mädchen,
 womöglich vom Lande, welches selbstständig und gut kochen und anrichten kann und mit dem Wasche gut Bescheid weiß, sucht sofort als Köchin
Frau Pr.-Lieut. Raffauf, Thorn, Leibnizstraße 30.

1 Wohnung von drei Zimmern, Entree, Küche, in 1. Stg. zu vermieten **Tuchmacherstr. 2.**
 In meinem neuerbauten Hause Gerberstr. 28 ist ein **Laden,** die erste, zweite und dritte Etage von sofort oder 1. April 1895 zu vermieten.
K. P. Schliebener.

Zwei möblirte Zimmer zu vermieten **Neuß. Markt 20, I.**
Eine kl. Wohn. sowie eine möbl. Wohn. zu verm. **Copernicusstr. 41, Wegner.**
1 Wohnung, bestehend aus vier Zimmern, Küche, Entree und Nebengelaßen sofort billig zu vermieten **Breitestr. 21, 2 Tr.**

Eine gut mbl. Wohnung mit Burschengelast und Pferde stall zu vermieten.
Tuchmacherstraße 6.

Krieger-Verein
 Podgorz und Umgegend.
Vereinsversammlung
 am Sonnabend d. 12. Januar 7 Uhr abds.
Der Vorstand.

Einweihung.
 Sonnabend den 12. d. Mts. findet in meinem Lokale
Wurstessen
 mit nachfolgendem **Lanzkränzchen** statt, wozu ergebenst einladet
A. Will, Museum.

Artushof.
Nächste Tanzstunde
 Freitag den 11. Januar cr. um 8 Uhr im Spiegelsaale.
 Hochachtungsvoll
Carl Haupt.

Pension.
 Junge Mädchen, auch jüngere Schüler und Schülerinnen finden sofort oder später freundliche Aufnahme und gute Verpflegung in meinem Pensionat.
Amalie Nehring
 geb. Dietrich,
 Thorn, Gerechtestr. 2, I. Etage.

Eine Bäckerei mit angrenzender Wohnung wird sofort in Thorn (auch Vorstadt) zu pachten gesucht. Gefällige Offerten unter L. M. in der Expedition dieser Zeitung erbeten.
Ein Laden nebst Wohnung, in welchem eine feine Studienbäckerei eingerichtet werden kann, wird von sofort gesucht. Offerten unter A. Z. in der Expedition dieser Zeitung erbeten.

Suche sogleich oder zu Ostern Bromberger Vorstadt. Näheres in der Expedition dieser Zeitung.
Mehrere Familienwohnungen sind vom 1. April zu verm. Heiligegeiststr. 13.
1 möbl. Zimm. v. sofort z. v. Tuchmacherstr. 20.
1 H. möbl. Bord.-Zimmer
 1 Tr., von sogleich zu verm. Gerechtestr. 13.
1 möbl. Zim. mit Kab., unweit der Post, v. 15. zu verm. Marienstr. 7, 1 Tr.

Möblirte Zimmer
 mit auch ohne Beköstigung sind zu verm.
A. Will, Museum.
Ein möbl. Zimm. n. Kabinets von sofort zu vermieten Gerstenstr. Nr. 19, part.
1 Bohn., 3. Stg., verm. F. Stephan.

Zwei Wohnungen
 mit je zwei Zimmern, Küche, sowie Zubehör und Wasserleitung per 1. April zu verm.
P. Foerster, Elisabethstr. Nr. 12.
Eine grössere u. eine kleine Wohnung vom 1. April zu vermieten.
A. Wohlfeil, Schuhmacherstr. 24.

Möbl. Parterrezimmer sogleich zu vermieten **Strobandstraße 12.**
Miffädter Markt Nr. 28
 ist die seit 10 Jahren von Herrn Rechtsanwält Stein bewohnte 1. Etage, bestehend aus 7 Zimmern und Zubehör, ebenfalls die herrschaftlich eingerichtete 2. Etage, sowie 1 Wohnung von 4 Zimmern u. Zubeh. Schillerstraße Nr. 17 per 1. April zu verm. Näh. Ausf. erteilt **C. Münster,** Neufädt. Markt Nr. 19.

Schillerstraße 4, erste Etage für 380 Mark zu vermieten durch
H. Kolinski.
Möblirtes Zimmer sofort zu verm. **Gerstenstrasse Nr. 8.**
Wohnung, 4 Zimm., helle Küche mit all. Zubeh. vom 1. April z. verm. **Baderstraße 6, II.**
Bade 13 I. ein möbl. Zimmer u. Kabinets und Burschengelast sof. zu vermieten.
Frbl. möbl. Zim. Gerechtestr. 27 zu verm.

Gedenket der Vögel und des hungernden Wildes.